

Fact-Sheet: Bundeswehr und Schulen

IMM Informationsstelle
Militarisierung e.V.

125
JAHRE DFG-VK



Bertha
von Suttner
Stiftung

Februar 2017

Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Von einer Verteidigungsarmee zu einer „Armee im Einsatz“. Inzwischen ist schon Alltag, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, Mali, im Mittelmeer oder anderswo mit ihren Waffen agieren. Um diese Kriege führen zu können, wurde und wird die Bundeswehr grundlegend umstrukturiert. Mit der durchgeführten „Strukturreform“ will die Bundesregierung erreichen, immer mehr Soldaten gleichzeitig in den Auslandseinsatz schicken zu können und die Bundeswehr zur Durchsetzung unterschiedlicher Interessen (vom Zugang zu Rohstoffen, über die Freihaltung von Handelsrouten bis hin zur Bekämpfung des Terrorismus oder sogenannten „Schleppern“ im Mittelmeer) einzusetzen. Mit modernen Waffen, wie z.B. Drohnen oder auch neuen Kriegstechniken, wie z.B. hybrider Kriegsführung soll die Bundeswehr fit gemacht werden, weltweit Kriegseinsätze zu übernehmen. Noch lehnt ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland diese Politik ab und nur wenige Jugendliche sind bereit, für diese so genannten

deutschen Interessen in den Krieg zu ziehen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 hat sich dieses Nachwuchsproblem der Bundeswehr deutlich verschärft. Um dieses ‚Problem‘ zu lösen, wird die Bundeswehr auf Werbe- und Rekrutierungstour geschickt. Dabei setzt sie vor allem bei Jugendlichen an, die nicht nur von der Sinnhaftigkeit dieser militarisierten Außenpolitik überzeugt, sondern auch als Soldaten für diese Kriege gewonnen werden sollen. Aus diesem Grund kommen Jugendoffiziere und Karriereberater an Schulen und Universitäten, sind in allen größeren Städten Karrierecenter eröffnet worden, veranstaltet die Bundeswehr „Events“ für Jugendliche, finden Gelöbisse wieder im öffentlichen Raum statt, wirbt die Bundeswehr im Internet, Zeitungen, Kino, Fernsehen und auf Plakatwänden für den Soldatenberuf, arbeiten Karriereberater eng mit den Arbeitsagenturen zusammen usw.

Die Schule ist dabei sicherlich einer der „besten“ Orte für die Bundeswehr, auf Jugendliche einzuwirken. Wenn der Jugendoffizier in den Un-

terricht kommt, ist die Teilnahme normalerweise Pflicht, beim Karriereberater jedoch meist freiwillig. Hinzu kommt, dass Offiziere in der Schule für eine Zeit die Rolle des Lehrers einnehmen und zusätzlich zu ihrer Uniform auch durch diese Position Autorität bekommen.

In der Schule ist es für Jugendliche am schwersten, sich dem Einfluss der Jugendoffiziere und Karriereberater zu entziehen. Sie ist aber auch der Ort, an dem sich der Protest gegen die Aktionen der Bundeswehr regt, nicht nur von Seiten der Schülerinnen und Schüler, sondern auch von Eltern und Lehrkräften.

Auch wenn der Einfluss der Bundeswehr in den Schulen schon heute sehr groß ist, will das Bundesverteidigungsministerium, dass die Bundeswehr mit allen Bildungsministerien Kooperationsabkommen schließt, um ihr hierüber einen privilegierten Zugang zu den Schulen zu sichern. In acht Bundesländern bestehen bereits heute solche Kooperationsabkommen.

Bundeswehr: Ein Arbeitgeber, wie jeder andere?

Eines der häufigsten Argumente, mit denen die Anwesenheit von Karriereberatern der Bundeswehr auf dem Schulhof, z.B. im Rahmen von Orientierungs- oder Arbeitgebertagen gerechtfertigt wird, ist, dass die Bundeswehr ein normaler Arbeitgeber wie jeder andere sein soll. Der „Dienst an der Waffe“, oder aber auch in den Bereichen der Bundeswehr, die die Einsätze unterstützen, ist allerdings keine „normale“ Tätigkeit – bei ihnen geht es um das Töten anderer Menschen.

Überdies verzichten Angehörige der Bundeswehr bei Dienstantritt auf wesentliche Grundrechte, wie auf das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und Leben. Die freie Meinungs- und Willensbildung wird beschränkt, Gehorsamsverweigerung wird bestraft. Wer sich derzeit in Deutschland bei der Bundeswehr verpflichtet, verpflichtet sich für den Auslandseinsatz und wird sehr wahrscheinlich auch in diesen geschickt.

Immer mehr Soldaten kehren traumatisiert aus Afghanistan zurück. Eine „normale“ Tätigkeit, ein „normaler“ Arbeitgeber sieht anders aus.



Die Arbeit der Jugendoffiziere – Tarnfleck im Klassenzimmer

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. Ihrem Auftrag nach sollen sie die Bevölkerung über die Arbeit der Bundeswehr und das Leben als Soldat aufklären, sie sollen darüber hinaus den Auftrag der Bundeswehr bekannt machen und die Ziele der Sicherheitspolitik der Bundesregierung erläutern. Das an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu tun, ist ihre zentrale, aber bei Weitem nicht ihre einzige Aufgabe. Die Jugendoffiziere arbeiten mit Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung, in Hochschulen und Universitäten, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Jugendorganisationen der Parteien, Institutionen, Organisationen und weiteren Aus- und Weiterbildungseinrichtungen zusammen. Durch ihre Arbeit werben die Jugendoffiziere um Zustimmung für die Politik der Bundesregierung und tragen damit zur Legitimation einer zunehmend auf militärische Lösungen ausgerichteten Außenpolitik bei. Jugendoffiziere sind keine neutralen Beobachter der deutschen Außenpolitik und damit nicht Bestandteil der politischen Bildung, wie sie von den Landeszentralen oder Bundeszentralen für politische Bildung angeboten werden – sie sind auch nicht das Sprachrohr der Regierung, sondern der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums.

Heute gibt es 16 Bezirksjugendoffiziere, die als Mittelsmänner zu den Kultusministerien, Schulen und Bildungseinrichtungen fungieren. Ihnen stehen 94 hauptamtliche Jugendoffiziere zur Seite, die die Vortragstermine wahrnehmen oder Events durchführen. 260 nebenamtliche Jugendoffiziere in den Verbänden der Bundeswehr unterstützen den hauptamtlichen Jugendoffizier insbesondere bei der Durchführung von Besuchen bei der Truppe bzw. bei Tagen der Schulen in den Kasernen.

250 Jugendunteroffiziere sind vor Ort in den Kasernen die Ansprechpartner, die als „Praktiker“ den Schülerinnen und Schülern den Alltag in der Bundeswehr und die Ausbildung der Soldaten näher bringen sollen.

Die zentrale Aufgabe der Jugendoffiziere ist es, auf Einladung durch die Schulen den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands zu erläutern. Dies geschieht in Form von Gesprächen, Seminaren, Vorträgen und Podiumsdiskussionen.

Es ist ihnen bei diesen Auftritten ausdrücklich untersagt, Werbung für den Dienst in der Bundeswehr zu machen, dies geschieht jedoch allein schon indirekt durch ihr Auftreten in Uniform.

In einigen Bundesländern sind die Jugendoffiziere sogar in die Abiturvorbereitung einbezogen.

Eine bevorzugte Zielgruppe der Jugendoffiziere sind die Referendarinnen und Referendare, vor allem angehende Politik- und Sozialkundeführer/innen. Sie werden in ihrer Ausbil-

Referendarsausbildung

dungszeit gezielt angesprochen, um sie für eine langfristige Zusammenarbeit zu gewinnen. Dies scheint in Teilen erfolgreich zu sein. Es ist zu befürchten, dass nicht alle Referendarinnen und Referendare mit den Informationen, die ihnen die Jugendoff-

iziere vermitteln, kritisch umgehen. Für Schüler/innen und Eltern ist es besonders unangenehm, weil sie nicht wissen, ob ihre Lehrkräfte von einem Jugendoffizier ausgebildet wurden.

Für die Bundeswehr hingegen ist es eine gute Gelegenheit, ihre Sichtweise der Welt in die Schule zu bringen, ohne dass dies den Betroffenen bewusst wird.

In Baden-Württemberg gab es in der Zeit von 2007 bis 2014 viele Pflichtveranstaltungen für diese Gruppe. Auf vielfache Proteste hin, ist die Teilnahme seit 2015 freiwillig.

Daten zu Einsätzen: Jugendoffiziere in der Schule

	Einsätze	Teilnehmer
2010	7.350	176.862
2011	9.253	156.805
2012	7.081	175.447
2013	5.821	143.146
2014	5.748	144.573
2015	5.758	137.309



Jugendoffiziere sind keine Experten für Sicherheitspolitik!

Jugendoffiziere präsentieren sich gerne als Experten der Sicherheitspolitik oder gar der „Konfliktlösung“. Sie sind aber ganz offiziell „Öffentlichkeitsarbeiter“ der Bundeswehr und können Konfliktlösungen jenseits des Militärs nicht darstellen: „Für die Arbeit müssen sie [die Jugendoffiziere] sich immer an politische Grundsatzaussagen, Analysen und Hintergrundinformationen aus den Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des BMVg, des SKA [Streitkräfteamt], ihres LdI [Leiter der Informationsarbeit] oder ihres StOffz ÖA [Staboffizier Öffentlichkeitsarbeit] halten.“, heißt es im Handbuch der Jugendoffiziere entlarvend.

In der Intensivierung der Zusammenarbeit von Bundeswehr und schulischen Bildungseinrichtungen wird eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft deutlich. Diese zeigt sich zwar nicht als Glorifizierung von Militarismus, sondern darin, dass das Militärische, bspw. in Form von Jugendoffizieren hinterm Lehrerpult, als selbstverständlicher Bestandteil des Alltags gilt und infolgedessen auch Militär als normales und alternatives Instrument der Außenpolitik angesehen und somit legitimiert werden.

Karriereberater auf Nachwuchssuche

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wirbt die Bundeswehr ihren Nachwuchs verstärkt selbst an. In der Bundeswehr gibt es aktuell 425 Karriereberaterinnen und Karriereberater (früher Wehrdienstberater). Sie arbeiten in Schulen, Ausstellungen, Berufs- und Bildungsmessen, in Jobcentern und in den 110 bundeswehreigenen Karriereberaterbüros. Hier informieren sie über die verschiedenen Karrierewege bei der Bundeswehr. Dabei werden die positiven Aspekte der Tätigkeit einer Beschäftigung bei

der Bundeswehr hervorgehoben und negative Aspekte ausgeblendet. Viele Interessierte übersehen da leicht, dass der Dienst Auslands- und Kampfeinsätze umfassen kann und mit dem Töten anderer Menschen verknüpft ist. So manche „Karriere“ sieht dann ggf. finanziell verlockend aus oder beinhaltet eine aufwändige Ausbildung, die technisch interessant sein mag, sie ist aber auch mit dem Risiko des Todes, einer Verletzung und/oder Traumatisierung verknüpft.

Karriereberater kommen ebenfalls auf Einladung in Schulen und machen Werbung für den Dienst in der Armee. Hier profitieren sie von der Arbeit der Jugendoffiziere ganz unmittelbar – der Jugendoffizier bereitet sozusagen das Feld für die erfolgreiche Rekrutierung. Die Tätigkeit von Karriereberatern an Schulen wird durch keine Kooperationsvereinbarung erfasst bzw. geregelt – die Teilnahme durch Schüler und Schülerinnen unterliegt in jedem Fall der Freiwilligkeit.



Kooperationsabkommen – Roter Teppich für die Bundeswehr

Bisher haben acht Bildungsministerien (NRW, Saarland, BaWü, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen, MV, Sachsen) Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen.

Mit den Abkommen erhalten die Jugendoffiziere einen privilegierten Zugang zu den Bildungseinrichtungen der Länder. Mithilfe der Abkommen erhofft sich die Bundeswehr eine bessere Arbeitsgrundlage für den Einsatz der Jugendoffiziere, bzw. eine „Normalität“ im Zugang zu Schülern und Schülerinnen. Mögliche Widerstände an den Schulen sollen mit dieser quasi-offiziellen „Erlaubnis“ überwunden werden. Des Weiteren erwirbt die Bundeswehr über die Kooperationsvereinbarung einen Hebel, sich verstärkt in die Ausbildung von Referendaren einzubringen. Dahinter steht

die Annahme, dass ein Referendar, der bereits einen Kontakt zur Bundeswehr gehabt hat, eher in seinem Unterricht auf das Angebot der Jugendoffiziere zurückgreift, als eine oder einer, der diesen in seiner Ausbildung nicht hatte. Sogenannte Bildungsangebote der Bundeswehr sollen zudem in den Medien der Bildungsministerien oder auch auf den zentralen Bildungsservern der Länder veröffentlicht werden. In Baden-Württemberg, zum Beispiel, versenden die Regierungspräsidien die Angebote der Jugendoffiziere über ihre Mailverteiler direkt an die Schulen. Kooperationsabkommen signalisieren Lehrern und Lehrerinnen die „Normalität“ eines Soldaten im Unterricht und legitimieren weit mehr als nur die Arbeit der Jugendoffiziere.

In einigen Bundesländern müssen die Jugendoffiziere jährlich einen Bericht über die Umsetzung der Vereinbarung und ihre Arbeit vor Ort abgeben. Das langfristige Ziel des Verteidigungsministeriums ist es, in allen Bundesländern solche Kooperationsvereinbarungen zu etablieren. Bremen hat ein solches Abkommen allerdings bereits abgelehnt.

Viele Lehrerinnen und Lehrer sind aufgrund der Kooperationsvereinbarung verunsichert, ob sie den Besuch eines Jugendoffiziers oder Karriereberaters ablehnen können. Dazu die klare Auskunft, dass es alleine im Ermessen jeder Lehrerin und jedes Lehrers liegt, ob eine Einladung ausgesprochen wird oder nicht. Die Schulleitung darf den Besuch nicht anordnen.

Akzeptanz des Militärischen- Militarisierung der Gesellschaft

Die Rekrutierung an den Schulen und auf Bildungsmessen, die für Schüler und Schülerinnen, Auszubildende und Studierende eine friedensbringende Zukunftsvision zeichnen soll, ist nur ein Aspekt einer umfassenden Militarisierung der Gesellschaft. Ein Aspekt, der die Betroffenen ihr Leben kosten kann oder sie und Familien lebenslang verletzt.

Jugendoffiziere sollen aber vor allem auch um Zustimmung und Akzeptanz der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik werben, die Anwesenheit von Uniformierten soll eine „Normalität“ von Militär im Alltag vermitteln, Bundeswehr-Katastrophenhelfer sollen die Notwendigkeit einer Katastrophenvorsorge durch das Militär verdeutlichen, etc.

Hierbei ist es auch problematisch, wenn z.B. Wissenschaftler/innen es für „normal“ halten, für ein militärisches Projekt zu forschen oder bei ihren Analysen von Konflikten den Einsatz von Gewalt als ein „normales“ Mittel zu akzeptieren. Gewalt, der Einsatz von Waffen, die Präsenz und die „natürliche“ Autorität von Militärangehörigen erscheinen dann „näher“, „direkter“ und „substanzieller“ als die tatsächlich erfolversprechenderen zivilen Mittel des Dialogs und des Interessensausgleichs.

Hier geht es auch ums Geld: In der Logik der Politik bedeutet die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, militärischen Mitteln gegenüber zivilen den Vorzug zu geben, dass hierfür mehr Geld ausgegeben wird. Der Verteidigungsetat in Deutschland steigt jedes Jahr weiter an. In die zivile Konfliktbearbeitung und Krisenvorsorge mehr Geld zu stecken ist nach Ansicht vieler Expert/innen hilfreicher, als in Reaktion auf immer weiter eskalierende Krisen jedes Jahr das Militär weiter auszubauen, welches zusätzliche Leben kostet.

Entscheidend bei der Präsentation der Bundeswehr in den Medien, in der Schule und im Alltag soll nach dem Willen des Verteidigungsministeriums sein, dass die Gesellschaft akzeptiert, dass die „Verantwortung“ die Deutschland in der Welt und für die Welt hätte, die Bereitschaft das Militärs einzusetzen bedeutet. Dies allerdings wird in immer mehr Konflikte führen und keinen davon lösen – mit Waffen wird bestenfalls versucht Symptome von Krisen ausnahmslos erfolglos zu bekämpfen, ihre Ursachen lösen sie nie.

Minderjährige an der Waffe

Seit der Wehrpflichtaussetzung steigt die Zahl der rekrutierten Minderjährigen (2016: 1576 unter 18-jährige) kontinuierlich an. Über alle Parteien hinweg hat die Kinderkommission im Bundestag sowie der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes 2016 bzw. 2014 der Bundesregierung geraten, die Rekrutierung und die Werbung, die insbesondere auf Minderjährige abzielen, sofort einzustellen!

Kooperationen mit der Friedensbewegung?

Politiker der Länder haben inzwischen ihre persönliche Antwort auf den Protest gegen den Auftritt der Bundeswehr an den Schulen und gegen die Kooperationsvereinbarungen zwischen den Ländern und der Bundeswehr gefunden: Sie bieten den Vertretern der Friedensbewegung an, eigene Vereinbarung abzuschließen. In Rheinland-Pfalz haben Teile der Friedensbewegung ein solches Abkommen unterzeichnet, wohingegen sich andere Teile klar dagegen ausgesprochen haben.

In Baden-Württemberg haben Teile der Friedensbewegung und der Kirchen, die GEW und das Kultusministerium eine gemeinsame Erklärung auf den Weg gebracht, die der Förderung des Friedensbildung in der schulischen Bildung mehr Gewicht verleihen soll – Ausdruck dieses Willens ist die Schaffung der „Servicestelle Friedensbildung“, die u.a. helfen soll, zivile Konfliktbearbeitung, etc. fundierter im Unterricht einbringen zu können. Die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr bleibt oberstes Ziel.

Andere Teile der Friedensbewegung haben allerdings deutlich gemacht, dass für sie der Appell zu mehr Friedlichkeit nicht ausreicht, um der Verführung durch Jugendoffiziere und Karriereberater zu begegnen – mehr noch, das Unterzeichnen solcher Abkommen der Legitimation der Präsenz der Bundeswehr dienen.

Weitere Informationen

Literatur

Michael Schulze von Glaßer: Bundeswehr: Der neue Werbefeldzug. IMI-Analyse 2017/1.

Terre des hommes/GEW: Kinder im Visier. Die Bundeswehr rekrutiert Minderjährige und wirbt an Schulen, Januar 2016.

Kinderkommission des Bundestages: Stellungnahme der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder zum Verhältnis von Militär und Jugend in Deutschland, 2016.

Lena Sachs: *Die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Bildungseinrichtungen*, Centaurus Verlag & Media, August 2011.

Deutsches Bündnis Kindersoldaten: *Schattenbericht Kindersoldaten 2011*. Kritik an Rekrutierung Minderjähriger durch die Bundeswehr und an der Präsenz von Offizieren an Schulen.

Michael Schulze von Glaßer: *Soldaten im Klassenzimmer. Die Bundeswehr an Schulen*. Papy-Rossa Verlag (Köln) 2012.

Online

www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de/ (zahlreiche Infos, Musteranträge, Hintergrundberichte, Argumentationshilfen)

www.bundeswehr-monitoring.de (Sammlung von Fakten und Quellen zum Thema)

www.dfg-vk.de/thematisches/schulfrei-fuer-die-bundeswehr (Sammlung wichtiger Links)

www.imi-online.de (Artikel zum Thema)

<http://unter18nie.de/> (Seite zum Stopp der Rekrutierung Minderjähriger)

www.bevor-du-unterschreibst.de (Argumente gegen die Unterschrift bei der Bundeswehr)

